

# Länderanalyse *Belarus*

## 1. Strukturdaten

|                         |                                  |
|-------------------------|----------------------------------|
| Fläche:                 | 207.595 km <sup>2</sup>          |
| Bevölkerung:            | 9,5 Mio. Einwohner               |
| Bevölkerungsdichte:     | 46 Einw./ km <sup>2</sup>        |
| Hauptstadt:             | Minsk                            |
| BIP pro Kopf (2009):    | ca. 5.170 Dollar                 |
| Währung:                | Belarus-Rubel (BYR)              |
| Wechselkurs (05.07.10): | 3.015 BYR/ USD<br>3.774 BYR/ EUR |



## 2. Politische Lage

An der Spitze der Republik Belarus – in Deutschland häufig besser bekannt als Weißrussland – steht seit 1994, mit inzwischen nahezu unbeschränkter Machtfülle, Präsident Alexander Lukaschenko. Durch eine vorherige Verfassungsänderung gelang es ihm, sich 2006 für weitere fünf Jahre wiederwählen zu lassen. Der Einfluss des Parlaments ist gering. Auch nach den Parlamentswahlen vom September 2008 sind die Anhänger Lukaschenkos dort weiterhin unter sich. Die außerparlamentarisch agierende Opposition ist nach vielen Jahren staatlicher Repressionen geschwächt und zersplittert.

Außenpolitisch lehnte sich das Land in der Vergangenheit stark an Russland an. Frühere Pläne einer noch engeren staatlichen und wirtschaftlichen Verbindung mit dem großen Nachbarn verliefen bisher regelmäßig im Sande. Dies änderte sich im November 2009, als die Präsidenten Russlands, Weißrusslands und Kasachstans die Verträge über die Gründung einer Zollunion unterschrieben. Danach sind zum 1. Januar 2010 ein einheitlicher Zolltarif sowie einheitliche Regelungen über nicht-tarifäre Handelshemmnisse in Kraft getreten. In einem zweiten Schritt sollte ab Jahresmitte ein gemeinsamer Zollkodex gelten und die Zollkontrollen an der Grenze entfallen. Aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die Behandlung der russischen Ausfuhrzölle für Rohöl und Ölprodukte kam es von weißrussische Seite aber zu Verzögerungen. Erst am 5. Juli unterschrieb Präsident Lukaschenko bei einem Gipfeltreffen in Astana die Erklärung über das Inkrafttreten des gemeinsamen Zollgesetzbuches, das somit am Folgetag in Kraft trat. Fernziel dieser Bemühungen ist es die Wirtschaftsräume der drei Staaten bis zum 1. Januar 2012 zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu vereinen.

Getrübt wurden die Beziehungen zu Moskau in diesem Jahr allerdings durch die Erhöhung der Exportzölle für die russischen Gaslieferungen zum 1. Januar. Im Juni spitzte sich der Gaskonflikt zu, als der russische Energiekonzern Gazprom die Gaslieferung wegen offener Rechnungen um 70% drosselte. Im Gegenzug unterbrach Weißrussland, das seinerseits unbeglichene Forderungen an Transitgebühren geltend machte, für kurze Zeit den Gastransit nach Westeuropa. Inzwischen sind alle Gaslieferungen aber wieder in voller Höhe aufgenommen, nachdem beide Länder die ausstehenden Rechnungen bezahlt haben.

Angesichts der abgekühlten Beziehungen zwischen Moskau und Minsk und der nachlassenden wirtschaftlichen Unterstützung aus Russland strebt die weißrussische Führung inzwischen eine stärkere Kooperation mit der EU an. Im Mai 2009 hat sich Belarus gemeinsam mit fünf anderen GUS-Republiken dem Assoziierungsabkommen „Östliche Partnerschaft“ der EU angeschlossen, das den ökonomischen Reformprozess der Partnerländer auch finanziell unterstützen soll. Noch immer ist Belarus das einzige europäische Land, das im immerhin 47 Länder umfassenden Europarat keinen Mitglieds- sondern nur Gaststatus hat. Selbst dieser war zwischen 1997 und 2009 vor allem aufgrund von Menschenrechtsfragen ausgesetzt.

### **3. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung**

Der globale Wirtschaftsabschwung hat die weitgehend unreformierte belarussische Wirtschaft schwer getroffen. Nachteilig wirkte sich dabei unter anderem die starke Abhängigkeit von Russland aus, das bisher mehr als ein Drittel der weißrussischen Exporte abnahm und selbst in die Rezession abrutschte. Hinzu kam der Preisverfall mehrerer von Weißrussland exportierter Rohstoffe. Auf der Importseite hingegen sieht sich das Land mit steigenden Ausgaben für die russischen Energielieferungen konfrontiert. Die Absicht Russlands, den Preis für seine Gaslieferungen nach Belarus bis 2011 an das europäische Marktniveau anzupassen, wird den teils maroden weißrussischen Industriesektor hart treffen und die ohnehin schwache internationale Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Exporte weiter verringern.

Im Zuge der Verschärfung der internationalen Finanzkrise und der Verschlechterung der Leistungsbilanzsituation kam es Ende 2008 zu erheblichen Liquiditätsproblemen. Allein im 4. Quartal schmolzen die Devisenreserven um rund 1 Mrd. Dollar. Das setzte die Regierung unter großen Druck, sich im Ausland zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen. Erster Ansprechpartner war – wie in der Vergangenheit – Moskau, das sich im Oktober 2008 zunächst bereit erklärte, einen Kredit in Höhe von 2 Mrd. Dollar zur Verfügung zu stellen. Als sich abzeichnete, dass die finanzielle Hilfe aus Russland nicht reichen würde, wandte sich Minsk schließlich an den IWF, zu dem es viele Jahre lang kaum Kontakte gegeben hatte. Dieser gewährte Weißrussland Anfang 2009 im Rahmen eines Stand-by Arrangements einen Beistandskredit im Umfang von 3,5 Mrd. Dollar. Nachdem dieses Abkommen Ende

März 2010 ausgelaufen ist, werden derzeit Verhandlungen über ein Anschlussabkommen geführt.

Der IWF hat seine finanzielle Unterstützung an Bedingungen geknüpft. Dazu gehören diverse wirtschaftliche Reformen und Strukturanpassungen, unter anderem in der Währungs- und der Fiskalpolitik. So wurde den Vorgaben des IWF folgend Anfang 2009 der Belarus-Rubel gegenüber dem US-Dollar um 20% abgewertet. Außerdem ist die Währung seitdem nicht mehr allein an den Dollar sondern an einen Währungskorb aus Dollar, Euro und Russischem Rubel gekoppelt. Ferner verpflichtete sich die Regierung zu einer vorsichtigeren Fiskalpolitik und hob z. B. die Löhne im öffentlichen Sektor 2009 deutlich geringer an als ursprünglich geplant. Außerdem erfordert das mit dem IWF vereinbarte Reformprogramm die Liberalisierung der Preise und die Privatisierung der wichtigsten Industriebetriebe. Derzeit befinden sich noch rund zwei Drittel der weißrussischen Betriebe in Staatshand. Im April 2009 präsentierte die Regierung eine Liste mit 500 Staatsbetrieben, die zum Verkauf angeboten werden sollen. Wie konsequent die Privatisierungspläne tatsächlich umgesetzt werden, ist derzeit aber noch unklar.

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 5.200 Dollar (2009) ist das Wohlstandsniveau noch immer gering. Während das reale BIP 2008 nach offiziellen Angaben noch um 10% gewachsen war, erhöhte sich die Wirtschaftsleistung 2009 um lediglich 0,2%. Nach diesem herben Konjunkturerinbruch zeichnet sich im laufenden Jahr aber schon wieder eine Erholung ab: Im ersten Halbjahr 2010 lag das reale Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des weißrussischen Statistikamtes um 6,6% über Vorjahresniveau. Allerdings sind die von der Regierung angegebenen hohen Wachstumsraten nicht uneingeschränkt glaubwürdig. So gibt etwa der IWF zu bedenken, dass die amtlichen Erhebungsmethoden für die Industrie- und Agrarproduktion in Weißrussland nicht internationalen Standards entsprechen. Die Outputziffern werden dabei tendenziell überzeichnet. Im weiteren Verlauf des Jahres ist aufgrund des Auslaufens von Basiseffekten von moderaten Wachstumsraten auszugehen. Für das Gesamtjahr 2010 ist ein Wirtschaftswachstum von rund 5% zu erwarten. Auch die Angaben zur registrierten Arbeitslosigkeit sind mit Vorsicht zu genießen: Während die offizielle Statistik für 2009 eine Arbeitslosenquote von 0,9% angibt, gehen inoffizielle Schätzungen von 12 bis 15% aus. Denn neben der Verschlechterung der heimischen Beschäftigungssituation verzichteten viele Weißrussen darauf, sich arbeitslos zu melden, und arbeiten im informellen Sektor.

Zu den Schwachstellen der Wirtschaft gehörte über Jahre auch eine deutlich überhöhte Inflationsrate. Und dies, obwohl die Regierung über Preiskontrollen nach wie vor einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Verbraucherpreise ausübt. So lag die Inflationsrate auch im konjunkturschwachen Jahr 2009 noch bei 13%. Im der ersten Jahreshälfte 2010 entwickelten sich die Verbraucherpreise allerdings etwas moderater und lagen 6,9% über dem Vorjahresniveau. Inflationsrisiken ge-

hen allerdings künftig vor allem von den gestiegenen Preisen der Energieimporte aus Russland sowie von der weiteren Währungsabwertung aus. Somit ist für das Gesamtjahr 2010 eine Inflationsrate von gut 7% zu erwarten.

#### 4. Außenwirtschaft

Der Außenhandel ist sehr stark auf Russland ausgerichtet. Dort wird nach wie vor mehr als ein Drittel der Exporte abgesetzt. Noch stärker ist die Abhängigkeit bei den Importen, die 2009 zu 60% aus Russland stammten. 2009 verzeichnete der Handel mit Russland ein Defizit von 10 Mrd. Dollar. Die Bemühungen weißrussischer Exporteure ihren Marktanteil in Russland auszubauen, scheiterten bisher unter anderem an den bestehenden Einfuhrquoten des mächtigen Nachbarn. Bei den zwischenzeitlich aufgetretenen politischen Spannungen schreckte Moskau auch nicht vor zeitweiligen Einfuhrverboten gegen bestimmte belarussische Produkte – wie beim „Milchkrieg“ im Sommer 2009 – zurück. Das jüngst in Kraft getretene Zollabkommen dürfte nun einige Erleichterungen im Handel mit Russland bringen. So werden sich sowohl die Beförderungszeiten als auch die Kosten verringern. Im Endeffekt dürfte weißrussischen Unternehmen dadurch der Zugang zum russischen Markt erleichtert werden.

Der Exportabsatz litt 2009 mit einem Rückgang von 35% stark unter der konjunkturellen Talfahrt Russlands und der anderen europäischen Handelspartner. Allerdings gingen aufgrund der schwächeren Binnennachfrage auch die Importe zurück, jedoch mit 27% nicht so stark wie die Exporte. Dadurch weitete sich das Handelsbilanzdefizit um rund 1 Mrd. Dollar aus. Im selben Ausmaß verschlechterte sich die Leistungsbilanz, deren Defizit auf rund 6,4 Mrd. Dollar anwuchs. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Defizit damit rund 13%. Im laufenden Jahr dürften Handels- und Leistungsbilanzdefizit allerdings wieder etwas zurückgehen.

#### 5. Finanzstatus

Durch die Unterstützung des IWF konnte der Finanzstatus des Landes zwar stabilisiert werden, erfordert aber nach wie vor erhöhte Wachsamkeit. Immerhin wurde das Polster an Devisenreserven inzwischen auf über 5 Mrd. Dollar aufgestockt. Auf den Staatshaushalt kommen jedoch weitere Belastungen zu, etwa durch den Anstieg der Preise für die russischen Gas- und Öllieferungen, so dass das Budgetdefizit 2010 auf über 2% gemessen am Bruttoinlandsprodukt ansteigen dürfte. Der Spielraum der Regierung für ihr bisher praktiziertes System aus Subventionen und regelmäßigen Lohnerhöhungen hat sich mittlerweile deutlich verringert.

Die Auslandsverschuldung ist in den letzten Jahren stark gestiegen und wird auch im laufenden Jahr weiter zunehmen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt dürfte

sie dann 50% übersteigen. Kritisch zu beurteilen ist dabei auch, dass ein großer Teil (2009: 42%) der Auslandsverschuldung auf kurzfristige Schulden entfällt. Die Zusammenarbeit mit den internationalen Geberorganisationen ist aber in jedem Fall positiv zu bewerten, nachdem das Land aus politischen Gründen in der Vergangenheit auf internationaler Ebene außer Russland kaum Kreditgeber finden konnte. Derzeit befindet sich die Regierung in Verhandlungen mit dem IWF über die Gewährung einer neuen Kreditlinie in Höhe von rund 3 Mrd. Dollar. Die Entscheidung über das neue Stand-by Arrangement wird der IWF voraussichtlich im Herbst 2010 nach einer Prüfung der makroökonomischen Situation und der Fortschritte bei den bisher vereinbarten Reformen treffen.

Im Länderkreditrating des Institutional Investor vom September 2009 belegt Weißrussland mit 27,7 von 100 möglichen Punkten Rang 129 unter 177 gewerteten Ländern.

## 6. Ausblick

Nach dem abrupten Konjunkturerinbruch im Jahr 2009 scheint die belarussische Wirtschaft wieder an Schwung zu gewinnen. Dessen Nachhaltigkeit wird unter anderem davon abhängen, wie konsequent Weißrussland die mit dem IWF vereinbarten Reformen, darunter auch die angekündigten Privatisierungen, umsetzt. Von deren Durchführung hängt auch die Gewährung weiterer Kredite durch den IWF ab, welche zur Absicherung des Finanzstatus erforderlich sind. Für eine Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Staaten wären zudem Fortschritte in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte hilfreich.

Abgeschlossen am 13. Juli 2010

### Verfasser:

Nataliya Utkina  
Hans Hercksen  
Tel +49 89 2171-21323  
hans.hercksen@bayernlb.de

### Redaktion:

Volkswirtschaftliche Länder- und  
Branchenanalyse  
Volkswirtschaft und Research  
volkswirtschaft@bayernlb.de  
www.bayernlb.de

### Geschäftsgebäude:

Bayerische Landesbank  
Brienner Straße 18  
80277 München  
Tel +49 89 2171-21304  
Fax +49 89 2171-21329